

## **39 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP**

**Ausgedruckt am 16. 12. 1994**

# **Regierungsvorlage**

### **Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation über den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Die Republik Österreich und die Russische Föderation, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind

- vom Wunsche geleitet, die langjährigen und traditionellen Außenwirtschaftsbeziehungen fortzusetzen, zu vertiefen und auszuweiten,
- im Bestreben, die Wirtschaftsbeziehungen, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
- in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen günstige Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
- unter Berücksichtigung der Grundsätze und Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT),
- im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

#### **Artikel 1**

(1) Die Republik Österreich und die Russische Föderation gewähren einander die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich nicht auf Zugeständnisse oder Vorteile bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten oder den Staaten der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
- d) Entwicklungsländern auf Grundlage internationaler Abmachungen.

#### **Artikel 2**

Die Vertragsparteien werden sich im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten nicht nur um die Fortsetzung der traditionellen gegenseitigen Warenlieferungen, darunter auch russischer Energieträger nach Österreich, sondern auch um die Erweiterung der Warenvielfalt bemühen.

#### **Artikel 3**

Der Zahlungsverkehr zwischen den Vertragsparteien erfolgt in Übereinstimmung mit den im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

#### **Artikel 4**

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten fördern.

**Artikel 5**

Unter Bedachtnahme auf die langjährigen Außenwirtschaftsbeziehungen und den Stand der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit stimmen die Vertragsparteien überein, daß günstige Möglichkeiten für eine langfristige Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Bereichen gegeben sind:

- Land- und Forstwirtschaft, Agrar- und Forsttechnik,
- Lebensmittelindustrie: Verbesserung der Verarbeitung, Lagerung, Verpackung und Transport landwirtschaftlicher Produkte,
- Leichtindustrie einschließlich Produktion qualitativ hochwertiger und konkurrenzfähiger Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederwaren“
- Energiewesen einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten,
- Gesundheitswesen, Medizintechnik, medizinische und pharmazeutische Industrie,
- chemische und petrochemische Industrie,
- holzverarbeitende, Papier- und Zellstoffindustrie,
- elektrische Geräte und Haushaltstechnik,
- elektronische und elektrotechnische Industrie,
- Metallurgie einschließlich Buntmetallurgie und metallbearbeitende Industrie,
- Industrieanlagen,
- Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Bodenschutz einschließlich Produktion und Anwendung biologischer Pflanzenschutzmittel,
- Aufsuchung, Gewinnung, Aufbereitung, Veredelung und Weiterverarbeitung sowie Vermarktung von mineralischen Rohstoffen und Bergbauprodukten,
- Ausbau und Revitalisierung des Kraftwerksparks sowie des Hochspannungsleitungsnetzes und der Leitungsnetze für Erdgas und Erdöl,
- Bauwesen: Herstellung von Baumaterialien und Ausrüstungen,
- Zertifizierungs- und Prüfungswesen.

Diese Zusammenarbeit könnte in folgenden Formen verwirklicht werden:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen,
- Errichtung von Firmenvertretungen und -niederlassungen,
- Direktinvestitionen und Unternehmensbeteiligungen,
- Technologie- und Know-how-Transfer, angewandte Forschung,
- Austausch von Patenten und Lizenzen; Muster- und Markenschutz,
- Harmonisierung von Normen und technischen Vorschriften,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen und Industrien, Rüstungskonversion,
- finanzielle und Bankdienstleistungen, Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen,
- Erstellung von Feasibility-Studien,
- Organisation und Durchführung von gemeinsamen Seminaren, Symposien und Konferenzen, Austausch von Delegationen und Experten im Wirtschaftsbereich,
- Austausch von juristischen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Informationen, Dokumentationen und Publikationen.

**Artikel 6**

Die Vertragsparteien unterstreichen das besondere Interesse an der Zusammenarbeit im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften in Bereichen wie Aufsuchung, Gewinnung, Verarbeitung, Transport, Marketing und rationeller Nutzung von Erdöl, Erdgas und sonstigen Grundrohstoffen im Hinblick auf deren besondere Bedeutung für die Entwicklung beider Volkswirtschaften.

**Artikel 7**

Die Vertragsparteien werden der Zusammenarbeit bei der Entwicklung ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme in folgenden Bereichen höchstes Interesse widmen:

- Energie,
- Straßennetze,
- Eisenbahnnetze,
- Fluß- und Seeschifffahrt,
- Luftfahrt,
- Telekommunikation,
- Abfallwirtschaft,
- Bodenverbesserung und Wasserwirtschaft.

### **Artikel 8**

In allen Bereichen der Zusammenarbeit werden die Projekte nach dem neuesten Stand der Technik verwirklicht.

### **Artikel 9**

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage ihrer gemeinsamen internationalen Verpflichtungen den Tourismus fördern.

(2) Die Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

### **Artikel 10**

Die Vertragsparteien werden den Schutz des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und insbesondere auf Grundlage der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums fördern sowie Maßnahmen zur Entwicklung und zum Ausbau der Zusammenarbeit vereinbaren.

### **Artikel 11**

Jede Vertragspartei wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die Aus- und Weiterbildung von Fachleuten und Managern der anderen Vertragspartei vor allem auf dem Gebiete des Außenhandels, der Wirtschaftsverwaltung, des Tourismus, des gewerblichen Rechtsschutzes, des Bank-, Finanz- und Versicherungswesens fördern.

### **Artikel 12**

(1) Falls keine andere Vereinbarung getroffen wird, wird die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen im Rahmen dieses Abkommens auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Handelsvolumens und zur Erweiterung der Warenvielfalt Handel in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen, darunter auch in Form von Gegengeschäften, treiben; die Zahlungen können dabei in nationalen Währungen erfolgen.

(3) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

### **Artikel 13**

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

In diesem Fall stellt jene Vertragspartei, die die Konsultationen beantragt hat, der anderen Vertragspartei im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften alle für die Prüfung des Sachverhalts erforderlichen Informationen zur Verfügung.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Einfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen besonderer Dringlichkeit, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere

Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

#### **Artikel 14**

Unter Berücksichtigung der Bedeutung, die sowohl der Finanzierung als auch der Gewährung von Krediten für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien zukommt, werden die Vertragsparteien bemüht sein, im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften Finanzierungen und Kredite zu günstigen Bedingungen bereitzustellen.

#### **Artikel 15**

Jede Vertragspartei wird im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und im Sinn und Umfang von Artikel V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) gewährleistet:

- den Transit von Waren der anderen Vertragspartei;
- den Transit von Waren für die andere Vertragspartei.

#### **Artikel 16**

(1) Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

(2) Die Vertragsparteien kommen überein, daß die Republik Österreich der Russischen Föderation Know-how auf dem Gebiet der Finanzierungsformen von Klein- und Mittelbetrieben zur Verfügung stellen wird.

#### **Artikel 17**

Die Interessen der Republik Österreich in der Russischen Föderation im Bereich des Außenhandels und in den anderen Außenwirtschaftsangelegenheiten nimmt die Handelsabteilung der Botschaft der Republik Österreich in Moskau wahr.

Die Interessen der Russischen Föderation in der Republik Österreich im Bereich des Außenhandels und in den anderen Außenwirtschaftsangelegenheiten nimmt die Handelsvertretung der Russischen Föderation, die ein Bestandteil der Botschaft der Russischen Föderation in Wien ist und im Namen der Regierung ihres Staates handelt, wahr.

Als Bestandteil der jeweiligen Botschaft genießt die Handelsabteilung bzw. die Handelsvertretung, ihre Leiter, Mitglieder und Räumlichkeiten die im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 vorgesehenen völkerrechtlichen Privilegien und Immunitäten.

#### **Artikel 18**

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen die Beilegung von Streitigkeiten, die insbesondere aus zwischen ihnen geschlossenen kommerziellen Verträgen sowie aus der Gründung und Geschäftstätigkeit von Gemeinschaftsunternehmen entstanden sind, vor allem auf freundschaftlichem Weg.

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften empfehlen die Vertragsparteien die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des am 10. Juni 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

#### **Artikel 19**

(1) Die Vertragsparteien gründen die „Österreichisch-Russische Gemischte Kommission für den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit“, die auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder in die Russische Föderation einberufen wird. Diese Kommission soll nach Möglichkeit einmal jährlich zusammentreten.

(2) Zu den Aufgaben dieser Kommission gehören insbesondere:

- a) Erörterung des Standes und der Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit,

## 39 der Beilagen

5

- b) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung und Intensivierung des Warenaustausches und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- c) Unterbreitung von Empfehlungen zur Verwirklichung der Zielsetzungen dieses Abkommens.

**Artikel 20**

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen durch Verhandlungen im Rahmen der im Art. 19 genannten Kommission beigelegt werden.

**Artikel 21**

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß auf Grundlage des vorliegenden Abkommens einzelne Bereiche der Außenwirtschaftsbeziehungen durch eigene Abkommen zur Ausweitung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geregelt werden können.

**Artikel 22**

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitrittes zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall nehmen die Vertragsparteien rechtzeitig Konsultationen auf, um den erreichten Stand des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im größtmöglichen Ausmaß zu gewährleisten und werden gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

**Artikel 23**

Mit Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens ersetzen die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation die Bestimmungen jener im Notenwechsel über die vertraglichen Beziehungen zwischen Österreich und der Russischen Föderation vom 15. Juni 1993 angeführten Verträge und Abkommen, die dieselben und gleichartige Fragen regeln. Diese Verträge und Abkommen sind im Anhang des vorliegenden Abkommens angeführt.

**Artikel 24**

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf des vorliegenden Abkommens unberührt.

**Artikel 25**

(1) Das vorliegende Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats, der dem Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden, in Kraft.

(2) Das vorliegende Abkommen wird für die Dauer von drei Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

Geschehen zu Wien, am 8. November 1993, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Wolfgang Schüssel**

Für die russische Föderation

**Oleg V. Davidov**

2

**ANHANG**

zum

**Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation über den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit**

1. Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken samt Beilage betreffend die Rechtsstellung der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Republik Österreich vom 17. Oktober 1955;
2. Abkommen über die wirtschaftlich-wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 24. Mai 1968;
3. Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 1. Februar 1973  
und  
Protokoll über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer dieses Abkommens bis 31. Dezember 1995 vom 4. Oktober 1985
4. Langfristiges Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 30. Mai 1975  
und  
Protokoll über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer dieses Abkommens bis 31. Dezember 1995 vom 4. Oktober 1985;
5. Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie der Republik Österreich und dem Staatlichen Komitee der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für Erfindungen und Entdeckungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums vom 25. Oktober 1980;
6. Langfristiges Programm über die Entwicklung und Vertiefung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 19. Jänner 1981  
und  
Protokoll über die Erweiterung und Verlängerung der Gültigkeitsdauer dieses Programmes bis 31. Dezember 1995 vom 4. Oktober 1985;
7. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Rechtsschutz gewerblichen Eigentums vom 10. April 1981;
8. Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 9. Juli 1987.

## СОГЛАШЕНИЕ

между Республикой Австрия и Российской Федерацией о  
торговле и экономическом сотрудничестве

Республика Австрия и Российская Федерация, именуемые в  
дальнейшем Договаривающиеся Стороны,

руководствуясь желанием продолжать многолетние традиционные  
внешнеэкономические связи, а также углублять и расширять их,

стремясь содействовать экономическим связям, товарообмену и  
экономическому, промышленному, техническому сотрудничеству, а так-  
же сотрудничеству в области технологии на основе равенства и вза-  
имной выгоды,

будучи убежденными, что настоящее Соглашение создаст благо-  
приятные предпосылки для дальнейшего развития двусторонних внешне-  
экономических связей,

исходя из принципов рыночной экономики,

принимая во внимание принципы и правила Генерального согла-  
шения по тарифам и торговле /ГАТТ/,

в рамках законодательства, действующего в каждом из госу-  
дарств,

договорились о нижеследующем.

## Статья I

1. Республика Австрия и Российская Федерация предостав-  
ляют друг другу режим наибольшего благоприятствования в объеме  
статей I и У Генерального соглашения по тарифам и торговле /ГАТТ/.

2. Договаривающиеся Стороны согласились в том, что режим  
наибольшего благоприятствования не распространяется на льготы и  
преимущества, которые одна из Договаривающихся Сторон предостав-  
ляет или предоставит в будущем:

а) соседним государствам с целью облегчения приграничной  
торговли;

б) государствам, которые вместе с ней входят в таможенный  
союз или зону свободной торговли, которые уже существуют или будут  
созданы в будущем;

- в) государствам-членам Содружества Независимых Государств или государствам бывшего Союза Советских Социалистических Республик;
- г) развивающимся странам на основе международных соглашений.

### Статья 2

Договаривающиеся Стороны будут стремиться к тому, чтобы в рамках существующих возможностей не только продолжать традиционные взаимные поставки товаров, в том числе российских энергоносителей в Австрию, но и расширять номенклатуру взаимного товарооборота.

### Статья 3

Расчеты и платежи между Договаривающимися Сторонами осуществляются в соответствии с законодательством, действующим в каждом из государств, в свободно конвертируемой валюте.

### Статья 4

Договаривающиеся Стороны в рамках законодательства, действующего в каждом из государств, будут содействовать развитию внешнеэкономических связей между предприятиями, организациями, обществами и учреждениями обоих государств, именуемыми в дальнейшем "предприятия".

### Статья 5

Принимая во внимание долгие внешнеэкономические связи и достигнутый уровень экономического, промышленного, технического и технологического сотрудничества, Договаривающиеся Стороны согласились в том, что имеются благоприятные возможности сотрудничества на долгосрочной основе, в частности, в следующих областях:

сельское и лесное хозяйство, сельскохозяйственная и лесная техника;

пищевая промышленность, улучшение переработки, хранения, упаковки и транспортировки сельскохозяйственной продукции;

легкая промышленность, включая производство высококачественных и конкурентоспособных текстильных, швейных, обувных и кожевенных товаров;

энергетика, включая сотрудничество на рынках третьих стран;  
здравоохранение, медицинская и фармацевтическая промышленность;

химическая и нефтехимическая промышленность;  
деревообрабатывающая, бумагоделательная и целлюлозная промышленность;

электроприборы и бытовая техника;

электронная и электротехническая промышленность;

металлургия, включая цветную, и металлообрабатывающая промышленность;

промышленные установки;

охрана окружающей среды, в том числе природы, ландшафта и почвы, включая производство и применение биологических средств защиты растений;

разведка, добыча, обогащение, облагораживание и дальнейшая переработка, а также маркетинг минерального сырья и горнопромышленной продукции;

расширение и реконструкция электростанций, сети высоковольтных линий электропередач, а также сетей трубопроводов для транспортировки природного газа и нефти;

строительство, производство строительных материалов и оборудования;

сертификация.

Такое сотрудничество могло бы осуществляться в следующих формах:

создание совместных предприятий;

создание представительств и филиалов фирм;

прямое инвестирование и участие в капитале предприятий;

передача технологий и ноу-хау, результатов прикладных исследований;

обмен патентами и лицензиями, защита образцов и товарных знаков;

гармонизация норм и стандартов;

участие в реконструкции, модернизации, расширении и автоматизации существующих производств и отраслей промышленности, конверсии предприятий оборонной промышленности;

предоставление финансовых и банковских услуг, услуг по маркетингу, консалтингу и других услуг;

разработка технико-экономических обоснований;

организация и проведение совместных семинаров, симпозиумов и конференций, обмен делегациями и экспертами по экономическим вопросам;

обмен юридической, экономической, статистической, технической документацией, информацией и публикациями.

#### Статья 6

Договаривающиеся Стороны отмечают особый интерес к сотрудничеству в рамках действующего в каждом из государств законодательства в таких областях, как разведка, добыча, переработка, транспортировка, маркетинг, рациональное использование нефти и природного газа и других основных сырьевых материалов с учетом их особого значения для экономического развития обоих государств.

#### Статья 7

Договаривающиеся Стороны будут уделять особое внимание сотрудничеству в развитии экологически безопасных систем инфраструктуры:

энергетики;

автодорожной сети;

железнодорожной сети;

морского и речного транспорта;

воздушного транспорта;

телекоммуникаций;

сбора и утилизации промышленных и бытовых отходов;

мелиорации и водного хозяйства.

#### Статья 8

Во всех областях сотрудничества проекты будут осуществляться с использованием новейших достижений техники.

## Статья 9

Договаривающиеся Стороны признают, что туризм может внести существенный вклад в углубление двусторонних внешнеэкономических связей.

1. Договаривающиеся Стороны будут содействовать развитию туризма в рамках законодательства, действующего в каждом из государств, и на основе международных соглашений, участниками которых являются оба государства.

2. Сотрудничество в реализации проектов в области туризма, а также в развитии соответствующей инфраструктуры должно осуществляться на основе принципов охраны окружающей среды с учетом качества услуг в области туризма.

## Статья 10

Договаривающиеся Стороны будут содействовать охране промышленной собственности и обеспечивать ее в рамках своих возможностей и законодательства, действующего в каждом из государств, в частности, на основе Парижской конвенции по охране промышленной собственности, а также согласовывать меры по развитию и расширению сотрудничества в этой области.

## Статья 11

Каждая из Договаривающихся Сторон в рамках своих возможностей и законодательства, действующего в каждом из государств, будет содействовать обучению, подготовке и повышению квалификации специалистов и менеджеров другой Договаривающейся Стороны, прежде всего в области внешней торговли, управления хозяйством, туризма, охраны промышленной собственности, банковского, финансового и страхового дела.

## Статья 12

1. Экономическое, промышленное, техническое и технологическое сотрудничество между предприятиями обеих Договаривающихся Сторон в рамках настоящего Соглашения осуществляется на коммерческой основе, если не будет достигнута иная договоренность между этими предприятиями.

2. В рамках законодательства, действующего в каждом из государств, предприятия Договаривающихся Сторон с целью увеличения объема торговли и расширения номенклатуры взаимопоставляемых товаров могут вести торговлю в любой принятой в мировой практике форме, в том числе в форме встречных сделок; при этом расчеты могут осуществляться в национальной валюте.

3. Торговля между предприятиями обоих государств осуществляется по текущим ценам мирового рынка.

### Статья 13

I. Договаривающиеся Стороны приступят к консультациям, когда во взаимной торговле будет наблюдаться ввоз какого-либо товара в таком количестве, или по таким ценам, или на таких условиях, которые наносят или угрожают нанести значительный ущерб отечественным производителям подобных или непосредственно конкурирующих товаров.

В этом случае Договаривающаяся Сторона, обращающаяся с просьбой провести консультации, будет в рамках действующего законодательства предоставлять другой Договаривающейся Стороне всю информацию, необходимую для подробного изучения возникшей ситуации.

2. Если в ходе консультаций Договаривающиеся Стороны установят, что указанная в пункте I ситуация имеет место, то ввоз должен быть ограничен или должны быть приняты другие меры с целью предотвращения или устранения ущерба.

3. Если Договаривающиеся Стороны не придут к согласию, то Договаривающаяся Сторона, подавшая заявление о проведении консультаций, будет иметь право ограничить ввоз соответствующих товаров в той степени и на такой срок, которые необходимы для предотвращения или устранения ущерба. Другая Договаривающаяся Сторона в таком случае будет иметь право отступить от своих обязательств перед первой Договаривающейся Стороной в размерах, примерно, эквивалентного объема торговли.

4. В критических ситуациях, когда задержка причинила бы значительный ущерб, временные меры могут быть приняты без предварительных консультаций. В этом случае Договаривающаяся

Сторона, которая применила эти предварительные меры, неотложно в письменной форме ставит об этом в известность другую Договаривающуюся Сторону, после чего консультации должны быть начаты немедленно.

5. При выборе мер в соответствии с настоящей статьей Договаривающиеся Стороны будут отдавать предпочтение мерам, которые оказывают наименьшее негативное влияние на дальнейшее функционирование настоящего Соглашения.

#### Статья I4

Принимая во внимание значение, которое имеют как финансирование, так и предоставление кредитов для развития экономических связей между Договаривающимися Сторонами, каждая из Договаривающихся Сторон будет в рамках действующего в каждом из государств законодательства предпринимать усилия для обеспечения финансирования и предоставления кредитов на благоприятных условиях.

#### Статья I5

Каждая из Договаривающихся Сторон будет в рамках действующего в каждом из государств законодательства обеспечивать в смысле и объеме положений статьи У Генерального соглашения по тарифам и торговле /ГАТТ/:

- транзит товаров другой Договаривающейся Стороны;
- транзит товаров для другой Договаривающейся Стороны.

#### Статья I6

1. Договаривающиеся Стороны признают полезность и необходимость более активного участия малых и средних предприятий в двусторонних экономических связях.

2. Договаривающиеся Стороны согласились, что Республика Австрия предоставит Российской Федерации ноу-хау в области форм финансирования малых и средних предприятий.

### Статья 17

Интересы Республики Австрия в Российской Федерации в области внешней торговли и других видов внешнеэкономической деятельности будет представлять Торговый отдел Посольства Республики Австрия в Москве.

Интересы Российской Федерации в Республике Австрия в области внешней торговли и других видов внешнеэкономической деятельности будет представлять Торговое представительство Российской Федерации, являющееся составной частью Посольства Российской Федерации в Вене и действующее от имени правительства своего государства.

В качестве составной части соответствующего посольства Торговый отдел и Торговое представительство, их главы, персонал и помещения пользуются привилегиями и иммунитетами в соответствии с Венской Конвенцией о дипломатических сношениях от 18 апреля 1961 года.

### Статья 18

1. Договаривающиеся Стороны рекомендуют предприятиям решать споры, возникающие, в частности, из заключенных между ними коммерческих сделок, а также при создании и осуществлении деятельности совместных предприятий, прежде всего дружеским путем.

2. В рамках законодательства, действующего в каждом из государств, Договаривающиеся Стороны будут поощрять применение Арбитражного регламента, разработанного Комиссией Организации Объединенных Наций по праву международной торговли /ЮНСИТРАЛ/, и обращение к арбитражным органам одного из государств-участников Конвенции о признании и приведении в исполнение иностранных арбитражных решений, заключенной 10 июня 1958 года в Нью-Йорке.

### Статья 19

1. Договаривающиеся Стороны создают Смешанную Австрийско-Российскую Комиссию по торговле и экономическому сотрудничеству, которая создается по предложению одной из Договаривающихся Сторон поочередно в Российской Федерации и Республике Австрия.

Эта Комиссия будет проводить свои заседания по возможности один раз в год.

2. К задачам Комиссии, в частности, относятся:

а) обсуждение состояния и развития торговли и экономического сотрудничества;

б) разработка предложений по совершенствованию и расширению товарооборота и экономического сотрудничества;

в) предоставление рекомендаций по достижению целей настоящего Соглашения.

#### Статья 20

Разногласия между Договаривающимися Сторонами относительно применения или толкования настоящего Соглашения будут разрешаться путем переговоров в рамках названной в статье 19 Смешанной Комиссии.

#### Статья 21

Договаривающиеся Стороны согласились, что на основе настоящего Соглашения отдельные области внешнеэкономических связей могут регулироваться путем отдельных соглашений с целью расширения торговли и экономического сотрудничества.

#### Статья 22

1. Со дня действительного участия одной Договаривающейся Стороны или обеих Договаривающихся Сторон в Европейском экономическом пространстве /ЕЭП/ или вступления в Европейские сообщества /ЕС/ или организации, которые будут их правопреемниками, Договаривающиеся Стороны не будут связаны настоящим Соглашением в той части, которая будет являться несовместимой с их статусом членом в указанных в настоящей статье организациях.

2. В этом случае Договаривающиеся Стороны приступят заблаговременно к консультациям с целью в максимально возможной степени обеспечить сохранение достигнутого уровня торговли и экономического сотрудничества и совместно определяют те положения настоящего Соглашения, которые сохраняют силу.

## Статья 23

С момента вступления в силу настоящего Соглашения в торгово-экономических отношениях между Республикой Австрия и Российской Федерацией положения настоящего Соглашения заменяют положения договоров и соглашений, перечисленных в нотах о договорных отношениях между Республикой Австрия и Российской Федерацией от 15 июня 1993 года, которые регулируют те же самые и аналогичные вопросы. Эти договоры и соглашения приведены в приложении к настоящему Соглашению.

## Статья 24

После прекращения действия настоящего Соглашения его положения будут применяться ко всем контрактам и договорам между предприятиями обоих государств, обязательства по которым возникли в период его действия и частично или полностью не были выполнены к моменту прекращения действия Соглашения.

## Статья 25

1. Настоящее Соглашение подлежит ратификации и вступает в силу первого числа третьего месяца следующего за месяцем, в котором был произведен обмен ратификационными грамотами.

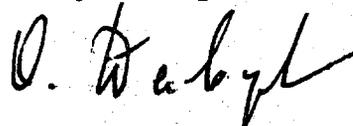
2. Настоящее Соглашение будет действовать в течение трех лет и продлеваться автоматически на каждый последующий год, пока одна из Договаривающихся Сторон не уведомит письменно по дипломатическим каналам другую Договаривающуюся Сторону за три месяца до истечения очередного срока действия Соглашения о своем намерении прекратить его действие.

Совершено в Вене 8, ноября 1993 года, в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

За Республику Австрия



За Российскую Федерацию



Приложение к Соглашению между  
Республикой Австрия и Российской  
Федерацией о торговле и экономическом  
сотрудничестве

1. Договор о торговле и судоходстве между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик, включая Приложение "О правовом положении Торгового представительства Союза Советских Социалистических Республик в Австрийской Республике", от 17 октября 1955 года;

2. Соглашение об экономико-научно-техническом сотрудничестве между Федеральным Правительством Австрийской Республики и Правительством Союза Советских Социалистических Республик от 24 мая 1968 года;

3. Соглашение о развитии экономического, научно-технического и промышленного сотрудничества между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик от 1 февраля 1973 года и

Протокол о продлении срока действия данного Соглашения до 31 декабря 1995 года от 4 октября 1985 года;

4. Долгосрочное соглашение о товарообороте и платежах между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик от 30 мая 1975 года и

Протокол о продлении срока действия данного Соглашения до 31 декабря 1995 года от 4 октября 1985 года;

5. Договоренность между Федеральным министром торговли, ремесел и промышленности Австрийской Республики и Государственным комитетом СССР по делам изобретений и открытий о сотрудничестве в области промышленной собственности от 25 октября 1980 года;

6. Долгосрочная программа развития и углубления экономического, научно-технического и промышленного сотрудничества между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик от 19 января 1981 года и

Протокол о расширении и продлении срока действия данной Программы до 31 декабря 1995 года от 4 октября 1985 года;

7. Соглашение между Федеральным Правительством Австрийской Республики и Правительством Союза Советских Социалистических Республик о правовой охране промышленной собственности от 10 апреля 1981 года;

8. Соглашение о сотрудничестве в области туризма между Федеральным Правительством Австрийской Республики и Правительством Союза Советских Социалистических Республик от 9 июля 1987 года.

## VORBLATT

### **Problem:**

Mit dem Zerfall der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem Entstehen des neuen Staates (Völkerrechtssubjektes) „Russische Föderation“ ergab sich die Notwendigkeit der vertraglichen Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen zu diesem Staat.

Da aus österreichischer Sicht die seinerzeit mit der UdSSR abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen nicht automatisch weiter anzuwenden sind bzw. angewendet werden sollen und außerdem die Außenwirtschaftsbeziehungen in zahlreichen, nunmehr größtenteils unadministrativ, obsolet und unüberschaubar gewordenen Abkommen geregelt waren, ist aus völkerrechtlichen Gründen sowie zur leichteren Überschaubarkeit und Vereinheitlichung des Rechts die vertragliche Regelung des gesamten Außenwirtschaftskomplexes erforderlich geworden.

Die Russische Föderation ist noch nicht Vertragspartner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

### **Ziel:**

Mit dem Abkommen über den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll einerseits der bilaterale Warenverkehr und andererseits auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation geregelt und ausgeweitet werden.

Außerdem soll durch die Vereinheitlichung des Rechts und einer modernen Rechtsterminologie der gesamte vertragliche Außenwirtschaftskomplex aus Gründen der Rechtssicherheit leicht überschaubar gemacht werden.

Durch das Abkommen räumen die Republik Österreich und die Russische Föderation einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben im Umfang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ein.

### **Alternative:**

Nichtabschluß des Abkommens und somit ein vertragsloser Zustand im wirtschaftlichen Bereich.

### **Kosten:**

Das Abkommen kann im Rahmen der bestehenden Administration verwaltet werden. Durch die im Abkommen vorgesehene Errichtung einer „Gemischten Kommission“ werden keine nennenswerten Mehrkosten entstehen.

### **EWR bzw. EG-Kompatibilität:**

Im Abkommen ist vorgesehen, daß mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) jene Bestimmungen des Abkommens ihre Bindungswirkung für die Vertragsparteien verlieren, die mit dem neuen Rechtsbestand unvereinbar sind. Es entfällt somit die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Jene Bestimmungen, die mit dem neuen Rechtsbestand vereinbar sind, werden in einer Bestandsaufnahme durch die Vertragsparteien als weitergeltend identifiziert. Die in den Art. 5, 6 und 7 des vorliegenden Abkommens vorgesehene Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Bereich, so vor allem durch die Definition chancenreicher Kooperationsbereiche und Projekte, stellt eine notwendige Ergänzung der wirtschaftsvertraglichen Beziehungen zwischen den EG und der Russischen Föderation unter bewußter Inanspruchnahme des autonomen Regelungsbereiches dar.

## Erläuterungen

### Allgemeiner Teil

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation über den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit enthält — wegen Einräumung der Meistbegünstigung an ein Nicht-GATT-Mitglied — gesetzändernde Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat keinen politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Einer Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz bedarf es nicht, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen.

Als neu entstandenes Völkerrechtssubjekt ist die Russische Föderation — nach österreichischer Rechtsauffassung — nicht automatischer Rechtsnachfolger der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und tritt als solche, auch nicht in die seinerzeit mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossenen Verträge ein.

Dieses Abkommen soll nunmehr, die in seinem Anhang angeführten wirtschaftsvertraglichen Vereinbarungen mit der ehemaligen UdSSR ersetzen und eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen (Präambel) schaffen.

Obwohl die Russische Föderation noch nicht Mitglied des GATT ist, sieht dieses Abkommen die bilaterale Einräumung der „Meistbegünstigung“ im Umfang von Art. I und V GATT vor. Auch seinerzeit war im „Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Republik Österreich und der UdSSR, samt Beilage, betreffend die Rechtsstellung der Handelsvertretung der UdSSR in der Republik Österreich vom 17. 10. 1955“ (BGBl. Nr. 193/1956), der UdSSR die „Meistbegünstigung“ zugestanden worden.

„Von marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend“ (Präambel) wird dieses Abkommen nicht nur den Warenaustausch, sondern auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit regeln und ausweiten.

### Besonderer Teil

#### Zur Präambel:

Neben allgemeinen Zielsetzungen, wie dem Wunsche nach Intensivierung der bestehenden beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen sowie dem Bestreben den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit zu fördern und dem Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ist auch ein Rechtsvorbehalt zugunsten der „im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften“ verankert.

Die Bezugnahme auf die „langjährigen und traditionellen Außenwirtschaftsbeziehungen“ soll — ohne Namensnennung — auf die Wirtschaftsbeziehungen und Warenströme mit der seinerzeitigen UdSSR hinweisen.

#### Zu Artikel 1 (gesetzändernd):

Die Vertragsparteien gewähren einander im Abs. 1 die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Im Abs. 2 sind die Ausnahmen vom Grundsatz der Meistbegünstigung festgelegt.

**Zu Artikel 2:**

Beiderseitiges Bekenntnis zur Fortsetzung und Aufrechterhaltung traditioneller Warenlieferungen sowie zur Erweiterung der Warenvielfalt.

**Zu Artikel 3:**

Der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und der Russischen Föderation soll in frei konvertierbarer Währung erfolgen.

**Zu Artikel 4:**

In Fortführung des Bekenntnisses zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen wird generell die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den „Unternehmen“ beider Staaten festgelegt.

**Zu Artikel 5:**

Beispielhafte Anführung chancenreicher Kooperationsbereiche sowie mögliche Formen zu deren Verwirklichung.

**Zu Artikel 6:**

Besondere Bedeutung der Kooperation und Versorgung im Energie- und Rohstoffbereich.

**Zu Artikel 7:**

Höchstes Interesse soll der Zusammenarbeit in den angeführten Infrastrukturbereichen unter Hinblick auf die Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme gewidmet werden.

**Zu Artikel 8:**

Als Maßstab der Zusammenarbeit wird der neueste Stand der Technik festgelegt.

**Zu Artikel 9:**

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Tourismus im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie der gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien. Die Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf die Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

**Zu Artikel 10:**

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Schutzes des gewerblichen Eigentums sowie der Zusammenarbeit in diesem Bereich.

**Zu Artikel 11:**

In Hinblick auf die Bedeutung der Aus- und Weiterbildung von Fachleuten und Managern wird deren Förderung in beispielhaft angeführten Bereichen vereinbart.

**Zu Artikel 12:**

Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten soll zu marktgerechten Preisen erfolgen und ist in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsbräuchen und Finanzpraktiken möglich.

**Zu Artikel 13:**

Zur Vermeidung von Störungen am Inlandsmarkt sowie zum Schutz der inländischen Hersteller vor schwerwiegenden Schädigungen ist bei auftretenden Schwierigkeiten im bilateralen Handel zunächst durch die Aufnahme von Konsultationen eine gemeinsame Lösung anzustreben. Wird in den Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann die betroffene Vertragspartei einseitige Maßnahmen setzen, soweit diese zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich sind, wobei die andere Vertragspartei dann ihrerseits die Möglichkeit hat, von ihren Verpflichtungen für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

Abs. 4 bietet die Möglichkeit der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen in Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde.

Für die Auswahl der Maßnahmen gilt das Prinzip des jeweils gelindesten Mittels.

**Zu Artikel 14:**

Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften wollen sich die Vertragsparteien um günstige Finanzierungsmöglichkeiten bemühen.

**Zu Artikel 15:**

Die Gewährleistung des Warentransits erfolgt im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie im Sinn und Umfang von Art. V GATT.

**Zu Artikel 16:**

Beiderseitiges Bekenntnis der Notwendigkeit der stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. In Hinblick darauf verpflichtet sich die Republik Österreich zur Verfügungstellung von Know-how im Bereich der Finanzierungsformen von Klein- und Mittelbetrieben.

**Zu Artikel 17:**

Unter Bezugnahme auf das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 werden die mit der Wahrnehmung der Interessen des jeweiligen Staates im Bereich des Außenhandels betrauten Stellen — das sind die Handelsabteilung der Botschaft der Republik Österreich in Moskau einerseits und die Handelsvertretung der Russischen Föderation als Bestandteil der Botschaft der Russischen Föderation in Wien andererseits — genannt.

**Zu Artikel 18:**

Die Beilegung von Streitfällen zwischen den Unternehmen beider Staaten soll primär durch freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen erfolgen. Die Vertragsparteien werden die Streitbeilegung durch Schiedsgerichte und die Anwendung der UNCITRAL-Schiedsregeln fördern.

**Zu Artikel 19:**

Als höchstes bilaterales Wirtschaftsforum wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder in die Russische Föderation einberufen wird.

**Zu Artikel 20:**

Die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung oder Auslegung des Abkommens soll im Rahmen der „Gemischten Kommission“ erfolgen.

**Zu Artikel 21:**

Dieser Artikel schafft die Grundlage, spezielle Bereiche der Außenwirtschaftsbeziehungen künftig in eigenen Abkommen zu regeln.

**Zu Artikel 22:**

Für den Fall der Teilnahme zumindest einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) ist vorgesehen, daß die Vertragsparteien durch das vorliegende Abkommen insofern nicht gebunden sind, als die bestehenden Verpflichtungen mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand unvereinbar sind. Mit dieser Bestimmung entfällt die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Die Weitergeltung der Bestimmungen des Abkommens, die nicht vom EWR- bzw. vom EG-Rechtsbestand erfaßt sind, erfolgt durch gemeinsame deklaratorische Feststellung der Vertragsparteien.

**Zu Artikel 23:**

Dieser Artikel stellt die Kompromißformel zwischen österreichischer und russischer Völkerrechtsauffassung zum Thema „Rechtsnachfolge der UdSSR“ bzw. „Nichtanwendung der mit der UdSSR abgeschlossenen wirtschaftsvertraglichen Vereinbarungen“ dar.

Dieser Artikel bezieht sich auf den Notenwechsel des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten über die vertraglichen Beziehungen zwischen Österreich und der Russischen Föderation vom 15. Juni 1993 und stellt ausdrücklich fest, daß die darin angeführten Verträge und Abkommen außenwirtschaftlichen Inhalts durch die Bestimmungen und mit Inkrafttreten des vorliegenden

## 39 der Beilagen

23

Abkommens zur Gänze nicht weiter angewendet werden. Aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit werden diese Vertragswerke zusätzlich im Anhang angeführt.

**Zu Artikel 24:**

Abkommensänderungen oder der Ablauf seiner Gültigkeit sollen auf die Abwicklung vorher abgeschlossener Unternehmensverträge keinen Einfluß haben.

**Zu Artikel 25:**

Die Geltungsdauer des Abkommens wird mit drei Jahren festgelegt, mit automatischer Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate jeweils vor Ablauf der Gültigkeit des Abkommens.